

Codebuch

Diskursanalyse_ärztliche Vereinigungen_2.mx18

31.08.2019

Codesystem

III.a Phänomenstruktur
Problem/Thema einer Aussageeinheit
Standpunkt Politik
Standpunkt Bundesärztekammer
Definition Beginn Leben
keine neutrale Beratung
restriktive Haltung m. radikalen Haltungen gleichgesetzt
fehlende Indikation bei Schwangerschaftsabbrüchen
Zugang zu Informationen über Schwangerschaftsabbruch
Gesetzesentwurf ist nicht modern
keine Rechtssicherheit für ÄrztInnen
Anzeige gegen Ärzte
moralische Diskussionswürdigkeit verloren
Geltendes Recht
keine neutrale Berichterstattung
Resignation von ÄrztInnen
kausale Zusammenhänge (Ursache - Wirkung)
Veränderung § 218 führt zu Diffamierung v. Arzt
Folgen des Gerichtsurteils
Anzeige führt zu Ausnahmezustand
Verwendung "Schwangerschaftsabbruch" zu Anzeige
Solidarisierung führt zu Verdächtigungen
Gerichtsurteil führt zu Verlust der Reputation
Ärzteliste führt z. Aktionen v. Gegnern
Gesetz verursacht technische Diskussion v. Abtreibung
Werbung führt zur Normalisierung von Abtreibungen
Gerichtsprozess Hänel führt zu Diskussionen zum § 219a
Verantwortung
Verantwortung liegt bei der Justiz
Verantwortung liegt beim DÄB
Verantwortung liegt bei Praxen
Verantwortung liegt in der Gesellschaft
Verantwortung liegt bei der Politik
Selbst-, Fremdpositionierung (aktiv, passiv)
Fremdp.: Lebensretter/Lebensschützer
Selbstp.: ÄrztInnen Rechtfertigung
Selbstp.: ÄrztInnen verspüren gesell. Auftrag

Selbst/Fremdp.: Frauen/Ärzte Entscheidung nicht leicht
Selbstp.: DÄK stellt § 218 nicht in Frage
Fremdp.: Abtreibungsbefürworter technische Diskussion
Selbstp.: Ausschluss v. Gegnern aus Diskussion
Fremdp.: Frau setzt sich weniger auseinander
Fremdp.: für Frau bringt Kind am liebsten zur Welt
Fremd.: Politik fordert mehr als nur Abschaffung
Fremdp.: Befürworter kein Problem mit Gesetzen aus Nazizeit
Selbstp.: Frau treibt aus Not ab und überlegt
Selbstp.: Ärzte müssen Berufsordnung beachten
Selbstpos.: Ärzte sind von Anfeindungen betroffen
Fremdpos.: Abtreibungsgegner zeigen an und schüchtern ein
Wertimplikationen
es muss Schutz vor Lebensschützern geben
niveauvolle, ernsthafte Debatte des DÄT
Staat verpflichtet zu Werbung für Nicht-Abtreibung
Beratung ist nicht neutral
Gewährleistung d. Sicherheit/Würde für Ärzte
bzgl. § 219a gilt Recht, nicht persönl. Meinung
Frau darf nicht mehr Wert zugesprochen werden als Embryo
Frauen haben Recht auf Information
Handlungsbedarf, -möglichkeiten
Diskussion über Abtreibungsrecht fortsetzen
Unterstützung durch Verbände
Handlungsmöglichkeit: nicht schweigen
Handlungsmöglichkeit: Abschaffung § 219a
Handlungsmöglichkeit: Unterschriften/finanzielle Hilfe
III.b Deutungsmuster/Rahmen
Rechtssicherheit für ÄrztInnen
Tötung
Lebensrecht
menschliche Tragödie
Normalisierung
Werbung
Selbstbestimmung der Frau
Achtung/Würde des Lebens
Information/Informationsrecht
Nazizeit
III.c Narrative Struktur

Hauptnarration/story line
ÄrztInnen lassen sich von Anzeigen/Aktionen nicht einschüchtern
Bedarf an Informationen
Schwangerschaftsabbrüche erfolgen überlegt
Neufassung § 219a als Kompromiss
menschliches Leben
§ 219a ist geltendes Recht
keine neutrale Berichterstattung im DÄB
Forderung n. Legalisierung v. nicht Information
Abschaffung § 219a führt zu Normalisierung von Abtreibung
es gibt keinen Informationsmangel
ÄrztInnen haben Angst vor Strafverfolgung
Information ist keine Werbung
Wertgegensätze (schwarz/weiß; Held/Anti-Held)
Solidarisierung m. BefürworterInnen durch (vs.) GegnerInnen
Befürworter Abschaffung vs. Beibehaltung § 219a
Abtreibung vs. Wertschätzung Embryo und Frau
Selbstbestimmungsrecht Frau vs. Lebensrecht Embryo
Abtreibungsärzte vs. Abtreibungsgegner
Not vs. Werbung

III.a Phänomenstruktur

Problem/Thema einer Aussageeinheit

Standpunkt Politik

Positionierungen der Parteien

Standpunkt Bundesärztekammer

siehe unter Deutungsmuster "Informationsrecht"

Definition Beginn Leben

siehe unter Deutungsmuster "Lebensrecht"

keine neutrale Beratung

siehe unter Deutungsmuster "Information ist Werbung"

restriktive Haltung m. radikalen Haltungen gleichgesetzt

Kritik an der Fremdpositionierung

fehlende Indikation bei Schwangerschaftsabbrüchen

DÄ_Es geht nicht um Information11_2018

Schwierigkeit diese Textstellen zu interpretieren

Hypothese

a) Unterstellung, dass viele Frauen nicht aus Not heraus abtreiben, da dann eine medizinische oder kriminologische Indikation vorliegen würde, dagegen werden niedrige Indikationsinduziert Abbrüche gehalten -> das heißt weiterführend, dass Abtreibungsgründe (persönliche Entscheidungen, die auch nicht unter seelische Gesundheitsgefahr gefasst werden können) hier nicht als innere Not anerkannt werden

Zugang zu Informationen über Schwangerschaftsabbruch

Zugang zu Informationen über das Internet ist in ländlichen Regionen wichtig, Meinung aus restriktiven Teildiskurs, dass es genug Informationen im Internet gibt -> daraus ergibt sich unterschiedliche Vorstellung, welche Art von Informationen gemeint ist: liberaler Teildiskurs fordert offizielle, gesicherte, neutrale und sachliche Informationen

Gesetzesentwurf ist nicht modern

DÄ_Sicherheit für Ärzte weiter unklar_8_2019

Gesetz ist Verzichtbar, im Widerspruch, sinnlos (Meinung von Experten)

keine Rechtssicherheit für ÄrztInnen

siehe genaueres unter: Deutungsmuster "Rechtssicherheit für ÄrztInnen"

Anzeige gegen Ärzte

Anzeige für "Kurzinformationen", es reicht das Wort "Schwangerschaftsabbruch"

moralische Diskussionswürdigkeit verloren

DÄ_Ehrlich diskutieren_49_2018

moralische Diskussionswürdigkeit über den § 218 verloren gegangen

Geltendes Recht

DÄ_Schwerwiegendes Ereignis_15_2018

Abtreibung ist nur unter bestimmten Bedingungen straffrei

keine neutrale Berichterstattung

DÄ_§219a_Keine normale Dienstleistung_4_2018

Bühning (Redakteurin) hat sich der Meinung der BefürworterInnen für die Abschaffung des § 219a angeschlossen

Feinanalyse_DÄ_Schwerwiegendes Ereignis_15_2018

hier kein Vorwurf an mangelnder Neutralität, sondern an "eindeutiger Ausrichtung"

DÄ_Geltendes Recht_15_2018

Schweigen sollte keine Option sein, hiermit ist das Verschweigen von Stimmen und Meinungen gemeint, die sich gegen die Abschaffung des § 219a aussprechen

DÄ_Lebensrecht_13_2019

fehlende Objektivität, bei Berichten (Verallgemeinerung) lässt sich die Haltung (Befürwortung der "Aufweichung" des § 218) erkennen

DÄ_Lebensrecht_13_2019

geäußerter Unmut darüber, dass im DÄB Artikel veröffentlicht, in denen keine neutrale Berichterstattung "tendenziöse" stattfindet

DÄ_§219a_Schlichtweg falsch_4_2018
hier sind auch andere Zeitschriften/Magazine gemeint
Hänel wird ausgiebig zitiert, andere nicht

Resignation von ÄrztInnen

DÄ_Unterstützung aus der Politik_51-52_2017
ÄrztInnen, die von Anfeindungen betroffen sind, geben auf

kausale Zusammenhänge (Ursache - Wirkung)

Veränderung § 218 führt zu Diffamierung v. Arzt

DÄ_Lebensrecht_13_2019
Arzt mit geleistetem Eid (der einen Schutz menschlichen Lebens "unter allen Umständen" meint)
wird dadurch diffamiert, dass die Forderung und Meinung besteht, den § 218 zu ändern

Folgen des Gerichtsurteils

DÄ_Schweigen soll keine Option sein_8_2018
bei Brinker: Bewährungsstrafe, Gerichtskosten
bei Waldschütz: 6.400 Euro Gerichtskosten
bei Hänel: 6.000 Euro Geldstrafe

Anzeige führt zu Ausnahmezustand

DÄ_Schweigen soll keine Option sein_8_2018
Anzeige führt bei ÄrztInnen zu Ausnahmezustand
Anzeige führt bei ÄrztInnen zu Angst und Druck
Anzeige kostet den ÄrztInnen Zeit

Verwendung "Schwangerschaftsabbruch" zu Anzeige

DÄ_Schweigen soll keine Option sein_8_2018
Verwendung des Wortes "Schwangerschaftsabbruch" auf der Webseite führt zu Anzeige durch
AbtreibungsgegnerInnen

Solidarisierung führt zu Verdächtigungen

DÄ_Werbeverbot soll bestehen bleiben_20-21_2018
Solidarisierung mit verurteilten ÄrztInnen führt zu Verdächtigungen und Anschuldigungen

Gerichtsurteil führt zu Verlust der Reputation

DÄ_Werbeverbot soll bestehen bleiben_20-21_2018

Ärztin verliert durch Gerichtsurteil die Einschätzung als "verantwortliche Kollegin"

Ärzteliste führt z. Aktionen v. Gegnern

DÄ_Werbeverbot soll bestehen bleiben_20-21_2018

Ausspruch gegen Ärzteliste, weil man kein "Tourismusziel für Lebensschützer" sein möchte

Gesetz verursacht technische Diskussion v. Abtreibung

DÄ_Ehrlich diskutieren_49_2018

Gesetz hat durch normative Wirkung dazu geführt, dass nicht mehr moralisch-ethisch, sondern technisch diskutiert wird

Werbung führt zur Normalisierung von Abtreibungen

siehe weiteres unter Deutungsmuster "Normalisierung"

Gerichtsprozess Hänel führt zu Diskussionen zum § 219a

Fall Hänel kann nicht nur als Beginn für gesamtgesellschaftliche Situation, sondern auch als Beginn der Diskussion innerhalb des DÄB gesehen werden (Beginn der Diskussion über die Rechtssicherheit von ÄrztInnen)

Verantwortung

DÄ_Unterstützung aus der Politik_51-52_2017:

Verantwortungszuschreibung an Politik

Verantwortung liegt bei der Justiz

DÄ_Werbeverbot soll bestehen bleiben_20-21_2018

Verantwortungszuschreibung an die Justiz

Verantwortung liegt beim DÄB

DÄ_Geltendes Recht_15_2018

Schweigen sollte keine Option sein

Kodiert in

a) Verantwortung liegt beim DÄB: Artikel bezieht sich durch die Adaption der Überschrift des Bezugsartikels auf das DÄB

b) Verantwortung liegt bei der Gesellschaft: der Bezugsartikel bezieht sich mit "Schweigen sollte keine Option sein" auf Gesellschaft

Verantwortung liegt bei Praxen

Feinanalyse_DÄ_Schwerwiegendes Ereignis_15_2018

wenn Praxen für Abtreibungen werben ""Wir machen es dir weg", dann kommt es zur Normalisierung von Abtreibungen

Verantwortung liegt in der Gesellschaft

DÄ_§219a_Keine normale Dienstleistung_4_2018

Durch die Frage "Wollen wir das wirklich?" ist der Leser, die Ärzteschaft und verallgemeinert die Gesellschaft angesprochen

DÄ_Ehrlich diskutieren_49_2018

hier geht es eher um das "Interesse der Gesellschaft", da es aber eine rhetorische Frage ist, geht es auch um die Verantwortung der Gesellschaft

Verantwortung liegt bei der Politik

DÄ_Werbeverbot soll bestehen bleiben_20-21_2018

hier ist die Rede von "Gesetzgeber"

Selbst-, Fremdpositionierung (aktiv, passiv)

DÄ_Unterstützung aus der Politik_51-52_2017:

Ärzte werden angezeigt und eingeschüchert (passiv), Abtreibungsgegner nutzen den Tatbestand und zeigen an (aktiv)

Abtreibende haben immer "innere Not"

aus große Unterstützung schließt Hänel, dass es richtig ist, sich gegen die Verurteilung, gegen § 219a zu wehren

Fremdp.: Lebensretter/Lebensschützer

DÄ_Schweigen soll keine Option sein_8_2018

Annen bezeichnet sich selbst als Lebensretter

DÄ_Lebensrecht_13_2019

"sogenannte Lebensschützer" aus dem Bezugsartikel übernommen, hieraus wird abgeleitet, dass die Autorin des Bezugsartikels für die Veränderung des § 218 ist

Selbstp.: ÄrztInnen Rechtfertigung

DÄ_Lebensrecht_13_2019

Lugert stellt sich Situation vor, in der sie sich vor späteren Generationen für ihre Abtreibungen verantworten müsste

Selbstp.: ÄrztInnen verspüren gesell. Auftrag

DÄ_Werbeverbot soll bestehen bleiben_20-21_2018

ÄrztInnen, die Abtreibungen durchführen und/oder darüber informieren, fühlen einen gesellschaftlichen und politischen Auftrag

Selbst/Fremdp.: Frauen/Ärzte Entscheidung nicht leicht

DÄ_Werbeverbot soll bestehen bleiben_20-21_2018

handelt es sich hier um eine Fremd- oder Selbstpositionierung?

Selbstp.: DÄK stellt § 218 nicht in Frage

DÄ_Werbeverbot soll bestehen bleiben_20-21_2018

"allgemeiner Konsens, den gesellschaftlichen Kompromiss zum Paragrafen 218 aus den 1990er Jahren nicht infrage zu stellen."

Fremdp.: Abtreibungsbefürworter technische Diskussion

DÄ_Ehrlich diskutieren_49_2018

dass nur noch technisch über Abtreibung gesprochen wird, ist im Sinne "einiger Gruppierungen"
-> nicht so sehr verallgemeinerbar auf alle Abtreibungsbefürworter

Selbstp.: Ausschluss v. Gegnern aus Diskussion

DÄ_Ehrlich diskutieren_49_2018

Ausschluss von devianten Meinungen aus dem Mainstream

a) deviante Meinung = gegen Abtreibung

b) Mainstream = für Abtreibung

Fremdp.: Frau setzt sich weniger auseinander

DÄ_Schwerwiegendes Ereignis_15_2018

durch Werbung für Abtreibungen werden sich Frauen viel weniger mit Schwangerschaftsabbrüchen und Alternativen auseinandersetzen

Fremdp.: für Frau bringt Kind am liebsten zur Welt

Feinanalyse_DÄ_Schwerwiegendes Ereignis_15_2018

Frau bringt Kind unter anderen Umständen am liebsten zur Welt

Fremd.: Politik fordert mehr als nur Abschaffung

Feinanalyse_DÄ_§219a_Keine normale Dienstleistung_4_2018

Politik fordert mehr als nur Abschaffung von § 219a

Fremdp.: Befürworter kein Problem mit Gesetzen aus Nazizeit

DÄ_§219a_Keine normale Dienstleistung_4_2018

Argumentation, um die moralische Integrität von AbtreibungsbefürworterInnen in Frage zu stellen

Selbstp.: Frau treibt aus Not ab und überlegt

siehe genaueres unter "Wertgegensatz": Werbung vs. Not

Selbstp.: Ärzte müssen Berufsordnung beachten

DÄ_Unterstützung aus der Politik_51-52_2017

Berufsordnung meint: Achtung des Lebens, Selbstbestimmung ihrer Patienten, zulässige Werbung als sachgerechte und angemessene Information

DÄ_Werbeverbot soll bestehen bleiben_20-21_2018

hier geht es nicht um Berufsordnung an sich, sondern darum, dass die Berufsordnung verbietet, für ärztliche Leistungen zu werben, auch wenn der § 219a abgeschafft wird

Selbstpos.: Ärzte sind von Anfeindungen betroffen

DÄ_Unterstützung aus der Politik_51-52_2017

Ärzte (passiv) - Abtreibungsgegner (aktiv)

Fremdpos.: Abtreibungsgegner zeigen an und schüchtern ein

DÄ_Unterstützung aus der Politik_51-52_2017

Abtreibungsgegner (aktiv) - Ärzte, die Abtreibungen durchführen (passiv)

Wertimplikationen

es muss Schutz vor Lebensschützern geben

DÄ_Sicherheit für Ärzte weiter unklar_8_2019

Experten sind nicht der gleichen Ansicht wie Lebensschützer

niveauvolle, ernsthafte Debatte des DÄT

DÄ_Werbeverbot soll bestehen bleiben_20-21_2018

DÄB als Organ der BÄK, Berichterstattung sehr wohlwollend und um Verständnis bemüht

Staat verpflichtet zu Werbung für Nicht-Abtreibung

DÄ_Ehrlich diskutieren_49_2018
hier im Konjunktiv formuliert

Beratung ist nicht neutral

DÄ_Ehrlich diskutieren_49_2018
"Beratung verdient den Namen Beratung nicht"
Beratung wird mit Neutralität verbunden, Vorwurf, dass die Beratung, die vorherrscht, ist nicht neutral

Gewährleistung d. Sicherheit/Würde für Ärzte

DÄ_Ehrlich diskutieren_49_2018
Durch die Fragen die gestellt werden (nach Sicherheit, Würde für Ärzte, Chancen der Ausbildung, Verständnis Arbeitgeber/Justiz) wird impliziert, dass es Garantien für Ärzte geben muss

DÄ_Werbeverbot soll bestehen bleiben_20-21_2018
hier handelt es sich weniger um Wertimplikation, aber gleicher Inhalt (Sicherheit von Ärzten - hier bedroht)

bzgl. § 219a gilt Recht, nicht persönl. Meinung

DÄ_Geltendes Recht_15_2018
es spielt keine Rolle, ob ich Gesetz mag oder nicht

Frau darf nicht mehr Wert zugesprochen werden als Embryo

Feinanalyse_DÄ_§219a_Keine normale Dienstleistung_4_2018
"Die innere Not des werdenden Menschen bei seiner Tötung wird, auch von den beteiligten Ärzten hinangestellt." Hier handelt es sich um eine Anklage, daraus lässt sich die Wertimplikation ziehen, dass der Frau nicht mehr Wert zugesprochen werden darf als dem Embryo

Frauen haben Recht auf Information

DÄ_Unterstützung aus der Politik_51-52_2017
Frauen haben Recht auf Information über Art der Hilfe und darüber, welche Ärzte diese Hilfe anbieten

Handlungsbedarf, -möglichkeiten

DÄ_Unterstützung aus der Politik_51-52_2017:
§ 219a auf den Prüfstand stellen (nach Notwendigkeit hin untersuchen, siehe Duden)

Diskussion über Abtreibungsrecht fortsetzen

DÄ_Sicherheit für Ärzte weiter unklar_8_2019
nach Kompromiss soll weiterhin über Abtreibungsrecht diskutiert werden

Unterstützung durch Verbände

DÄ_Schweigen soll keine Option sein_8_2018

Unterstützung durch

- a) Berufsverband der Frauenärzte
- b) Deutsche Gesellschaft für Allgemeinmedizin
- c) Landesärztekammer Hessen

Handlungsmöglichkeit: nicht schweigen

DÄ_Werbeverbot soll bestehen bleiben_20-21_2018
den Ärzten ist es ein Anliegen, darüber nicht zu schweigen

Handlungsmöglichkeit: Abschaffung § 219a

DÄ_Unterstützung aus der Politik_51-52_2017

es gibt politische Initiativen (Linke Gesetzesentwurf vorgelegt, Grüne Gesetzesentwurf angekündigt, SPD hat Gesetzesentwurf beschlossen (mit interner Diskussion))

Handlungsmöglichkeit: Unterschriften/finanzielle Hilfe

DÄ_Unterstützung aus der Politik_51-52_2017

Unterschriftenkampagne und finanzielle Unterstützung

III.b Deutungsmuster/Rahmen

Rechtssicherheit für ÄrztInnen

Rechtssicherheit wird gefordert

- a) in Bezug auf Informationen auf Webseiten
- b) in Bezug auf Arztpraxen

Tötung

DÄ_Lebensrecht_13_2019

Kinder im Mutterleib getötet

Lebensrecht

DÄ_Lebensrecht_13_2019

Überschrift

darunter fällt das Konzept der Menschenwürde, darunter fällt auch Definition von Beginn des Lebens

menschliche Tragödie

DÄ_§219a_Keine normale Dienstleistung_4_2018
Abtreibung ist menschliche Tragödie, keine Dienstleistung

Normalisierung

DÄ_§219a_Keine normale Dienstleistung_4_2018
Normalisierung kann bedeuten
a) man gewöhnt sich dran
b) es wird zur Norm (es wird (in gewissen Situationen gefordert)
c) es wird die statistische Norm

Werbung

umfasst hier noch Aussagen, die dem liberalen und dem restriktiven Diskurs zugeordnet werden
restriktiver: Staat soll Werbung machen für Nicht-Abtreibungen; Argumentation: Informationen sind Werbung
liberaler: beziehen sich auf § 219a

Selbstbestimmung der Frau

DÄ_§219a_Schlichtweg falsch_4_2018
ist Selbstbestimmungsrecht ein Teil von Frauenrechten?

Achtung/Würde des Lebens

DÄ_§219a_Schlichtweg falsch_4_2018
Respekt vor menschlichem Leben

Information/Informationsrecht

DÄ_Unterstützung aus der Politik_51-52_2017
§ 219a steht Informationsrecht entgegen (Zitat Hänel)

DÄ_Es geht nicht um Information11_2018
Legalisierung der Abtreibung

Nazizeit

DÄ_Unterstützung aus der Politik_51-52_2017

die Worte "Nazizeit" wirken emotionalisierend und appellativ, in Überschrift hätte man nur Jahreszahl nennen können

DÄ_§219a_Schlichtweg falsch_4_2018

Hinweis auf Zeit des Nationalsozialismus wird kritisiert, da hiermit auf Eugenetik hingewiesen wird und damit auf die Tötung von ungewünschtem Leben

III.c Narrative Struktur

Hauptnarration/story line

ÄrztInnen lassen sich von Anzeigen/Aktionen nicht einschüchtern

Mischung aus Haltung einzelner Subjektpositionen (=Angeklagte) und aus AnhängerInnen, die demonstrieren, finanzielle Unterstützung leisten

Bedarf an Informationen

DÄ_Unterstützung aus der Politik_51-52_2017

auf dem Land ist es schwierig, sich über Schwangerschaftsabbrüche zu informieren -> Informationsmangel

DÄ_Werbeverbot soll bestehen bleiben_20-21_2018

DÄT fordert mehr (Zeit für) Informationen

Schwangerschaftsabbrüche erfolgen überlegt

DÄ_Unterstützung aus der Politik_51-52_2017

Schwangerschaftsabbrüche erfolgen aus innerer Not heraus

DÄ_Werbeverbot soll bestehen bleiben_20-21_2018

auch ÄrztInnen machen sich die Entscheidung nicht leicht

DÄ_Schweigen soll keine Option sein_8_2018

Art der Information: sachlich, medizinisch

Neufassung § 219a als Kompromiss

DÄ_Sicherheit für Ärzte weiter unklar_8_2019

Neufassung § 219a wird, parallel zum § 218, als Kompromiss wahrgenommen

liberaler Teildiskurs: Nora Szász "nicht modern und hinkt der Entwicklung der Gesellschaft und der Aktualität hinterher" -> in Zeiten von Internet ist es nachvollziehbar, dass man im Internet nach Informationen sucht und nicht bei Beratungsstellen etc.

restriktiver Teildiskurs: "schmerzhafter Kompromiss" ohne Erklärung

menschliches Leben

Definition von Beginn des Lebens

DÄ_ Lebensrecht_13_2019

menschliches Leben beginnt mit der Empfängnis

DÄ_§219a_Schlichtweg falsch_4_2018

Embryo ist menschliches Leben (die Definition gilt unabhängig von religiöser oder politischer Überzeugung)

§ 219a ist geltendes Recht

DÄ_ Geltendes Recht_15_2018

Abtreibung ist geltendes Recht

keine neutrale Berichterstattung im DÄB

DÄ_ Lebensrecht_13_2019

hier Aufforderung zu einer anderen Art von Berichterstattung, in der nicht technisch, sondern moralisch-ethisch über § 218 gesprochen wird

DÄ_§219a_Schlichtweg falsch_4_2018

Aufruf, DÄB soll auch Argumente für Erhalt des § 219a nennen

Forderung n. Legalisierung v. nicht Information

DÄ_§219a_Keine normale Dienstleistung_4_2018

These, dass es nicht um die "korrekte Form" der Information geht, sondern die Legalisierung von Abtreibungen

Abschaffung § 219a führt zu Normalisierung von Abtreibung

DÄ_§219a_Keine normale Dienstleistung_4_2018

rhetorische Frage: "Wollen wir sie durch Werbung wirklich normalisieren?"

a) Unterstellt bereits, dass Werbung zu Normalisierung führt

b) unterstellt, dass die AktivistInnen der Abschaffung des § 219a Werbung und nicht Informationen fordert

es gibt keinen Informationsmangel

DÄ_§219a_Keine normale Dienstleistung_4_2018

Informationen sind auf Google leicht zu finden

ÄrztInnen haben Angst vor Strafverfolgung

Aufgrund von

- a) bisherigen Anklagen und teilw. Verurteilungen
- b) Demonstrationen/Aktionen von AbtreibungskritikerInnen

§ 219a wird "genutzt", um ÄrztInnen anzuklagen und einzuschüchtern, sie dazu zu bringen, nicht mehr über Schwangerschaftsabbrüche zu informieren, oder keine Schwangerschaftsabbrüche mehr anzubieten

DÄ_Schweigen soll keine Option sein_8_2018

Einschüchterung erfolgt hier nach Thematisierung in der Öffentlichkeit

Information ist keine Werbung

DÄ_Werbeverbot soll bestehen bleiben_20-21_2018

Information ist neutral, sachlich

Gesetzestext gibt verschiedenen Definitionen von Information vor

DÄ_Unterstützung aus der Politik_51-52_2017

Unterscheidung zwischen Information und Werbung

Wertgegensätze (schwarz/weiß; Held/Anti-Held)

DÄ_Unterstützung aus der Politik_51-52_2017

Gegensatz von Not und Werben

Solidarisierung m. BefürworterInnen durch (vs.) GegnerInnen

DÄ_Schweigen soll keine Option sein_8_2018

es findet Unterstützung durch GegnerInnen statt, obwohl sie bekennende AbtreibungsgegnerInnen sind

Befürworter Abschaffung vs. Beibehaltung § 219a

DÄ_Ehrlich diskutieren_49_2018

hier ist nicht direkt

a) Befürwortung für Abschaffung des § 219a

b) Befürwortung für Beibehaltung § 219a

gemeint, sondern Befürwortung "liberale Regelung", Befürworter "restriktive Handhabung"

Abtreibung vs. Wertschätzung Embryo und Frau

DÄ_Schwerwiegendes Ereignis_15_2018

(es) Abtreibung zeigt von "Geringachtung des heranwachsenden Lebens und der schwangeren Patientin selbst"

Selbstbestimmungsrecht Frau vs. Lebensrecht Embryo

DÄ_§219a_Keine normale Dienstleistung_4_2018

DÄ_§219a_Schlichtweg falsch_4_2018

Selbstbestimmungsrecht der Frau vs. Lebensrecht des Kindes

es ist kein Gegensatz in dem Sinne, aber man kann die These aufstellen, dass manche SprecherInnen eher das Selbstbestimmungsrecht betonen, andere wiederum das Lebensrecht des Embryos

Abtreibungsärzte vs. Abtreibungsgegner

DÄ_Schweigen soll keine Option sein_8_2018

DÄ_Unterstützung aus der Politik_51-52_2017

Wertgegensatz wird von AbtreibungsbefürworterInnen aus gedacht

Not vs. Werbung

DÄ_Unterstützung aus der Politik_51-52_2017

Hänel argumentiert, dass man die Entscheidung für einen Schwangerschaftsabbruch aus einer „inneren Not“ heraus fällt und – weiter gedacht – diese innere Not, bzw. die daraus resultierende Entscheidung für eine Abtreibung nicht durch Werbung hervorgerufen werden kann